

werden die Klimadienste operationalisiert, pilotiert und die Nutzung von Forschungswissen bei den Praxispartnern verstetigt. Die Integration von Forschungswissen in öffentlichen Verwaltungen ist durch eine mangelnde Institutionalisierung der Klimawandelanpassung erschwert. Daher nehmen die Projekte neben der Eingabe von Daten auch verstärkt die Abstimmung von Rollen und Zuständigkeiten in den Blick. Klimadienste, die mit etablierten Arbeitsprozessen und Standards harmonisieren, befördern die verstetigte Nutzung. Eine angemessene Herangehensweise dafür, ist eine strategische Auseinandersetzung mit den Entscheidungsprozessen einer Verwaltung, um Verwaltungsvorgänge mit neuem Anpassungswissen zielgerichteter auszugestalten.

Abseits der Verstetigung des Forschungswissens in den Modellregionen strebt die Fördermaßnahme auch die bundesweite Skalierung der Klimadienste an. Das Skalierungspotenzial der Klimadienste hängt neben dem praktischen Nutzungsvorteil auch von bestimmten Nutzungsvoraussetzungen und Adaptionmöglichkeiten ab. So sollten skalierungsfähige Klimadienstmodule mit bundesweit verfügbaren oder leicht generierbaren Daten anwendbar sein. Module, zum Beispiel zur Maßnahmenbewertung, können dann in anderen Kommunen und Regionen an die dortigen Bedürfnisse und Datenverfügbarkeiten angepasst werden. Die Fördermaßnahme zielt darauf ab, mit der Erstellung von Interpretationshilfen und mit der Einbin-

dung von Kompetenzzentren und kommunalen Netzwerken dazu beizutragen, dass Kommunen langfristig von Forschungsergebnissen profitieren.

*Dr. Andreas Huck,
Kompetenzzentrum Klimafolgen und
Anpassung (KomPass), Umweltbundesamt*

*Jan-Albrecht Harrs,
Climate Service Center Germany (GERICS),
Helmholtz-Zentrum hereon GmbH*

www.regiklim.de

Klimaresilienter Umbau Industrie- und Gewerbegebiete zukunftsfit machen

Industrie- und Gewerbegebiete (IGG) nehmen in Nordwesteuropa einen entscheidenden Teil der Siedlungsflächen ein. Sie sind stark versiegelt, besonders anfällig für Überflutung und Überhitzung bei gleichzeitig hohem Schadenspotenzial. Im Projekt „IB-Green“ (2023–2027), das von der EU ko-finanziert wird, entwickeln Kommunen, Betreiber und Managerinnen von Gewerbeparks aus sechs Ländern Strategien und Klimaanpassungsmaßnahmen für IGG. Grün-blaue Infrastrukturen sollen Hitzestress vermindern und so zu gesünderen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie geringeren klimatischen und wirtschaftlichen Risiken für Unternehmen und Kommunen beitragen. Besonderes Augenmerk liegt auf älteren Industrie- und Gewerbegebieten mit Modernisierungsbedarf. Diese

Chance zum klimaresilienten Umbau muss genutzt werden.

Zwei Beispiele aus dem Projekt: Der Gemeindeverband Métropole Européenne de Lille (Frankreich) mit über 1,1 Millionen Einwohner*innen auf über 670 Quadratkilometern ist zuständig für 160 Industrie- und Gewerbegebiete. Das Grundwasser im Verbandsgebiet ist qualitativ und quantitativ sehr gefährdet, in 26 sogenannten Wasser-Hüter-Gemeinden ist eine weitere Versiegelung daher verboten. In den Jahren 2018, 2019 und 2020 gab es in Lille schweren Dürren. Drei von vier Gemeinden des Gebiets sind von einem Hochwasserrisiko betroffen. Ein Ziel der Verbandsstrategie für ein nachhaltiges Management der IGG ist die Entwicklung grüner Infrastrukturen auf öffentlichem Grund, der derzeit hauptsächlich als versiegelte Straßen, Gehwege und Parkplätze genutzt wird. Eine Maßnahme (z. B. im Gewerbegebiet „Seclin“) sind sogenannte Regenwasser-Grünzüge im öffentlichen Bereich. Dabei handelt es sich um lokal angepasste Lösungen aus der Kombination von »Regenbäumen«, Rigo- len und durchlässigen Bodenbelägen. Die öffentlichen Flächen werden vom Verband geplant und gebaut, für die Unterhaltung ist die jeweilige Kommune zuständig. Regenbäume sind Bäume mit einer großen durchlässigen Fläche und geeigneter Bodenstruktur um sie herum (ca. 9 m²), die den Abfluss von Regenwasser begünstigt. Die Baumarten sind an die lokalen klimatischen Bedingungen und an die spezifischen Zwänge eines IGG angepasst.

Die niederländische Stadt Arnheim – mit über 160.000 Einwohner*innen und 27 Arbeitsstandorten (IGG, Büro- und gemischte Standorte) – verfolgt seit 2021 in ihrer Klimaanpassungsstrategie das Ziel, Gewerbegebiete klimaresilienter zu gestalten. Die Stadt entwickelt und nutzt seit vielen Jahren weitreichende öffentlich-private Beteiligungsprozesse und kooperiert mit gewerblichen Grundstückseigentümer*innen. Diese Zusammenarbeit wird für die Entwicklung von Grünflächen auf öffentlichen und privaten Flächen mit Blick auf das Zusammenwirken intensiviert. Die ersten Erfahrungen zeigen: Das Thema Klimaanpassungsmaßnahmen findet trotz der bekannten Gefahren wie Überflutung bei den Gewerbebetrieben meist eine geringe Resonanz. Daher soll die Klimaanpassung mit Themen wie CO₂-Emissionen und Energieeinsparung kombiniert werden, um den wirtschaftlichen, ökologischen und klimatischen Mehrfachnutzen von Maßnahmen aufzuzeigen. Ansätze sind beispielsweise das Aushandeln der notwendigen Anzahl von Parkplätzen im öffentlichen Raum in Absprache mit den benachbarten Unternehmen oder die Erhöhung der grün-blauen Infrastruktur auf öffentlichen Flächen in IGG, um eine Nachahmung auf privaten Flächen auszulösen, begleitet von der Beratung privater Geschäftsinhaber*innen.

Anna Goris,

INFRASTRUKTUR & UMWELT

Prof. Böhm und Partner

<https://ib-green.nweurope.eu>